



IPRÄAMBEL

- Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Schietlach Teil 2“ erfolgte auf der Grundlage
 - des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634)
 - der Bauutzungsverordnung (BauVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)
 - der Planungsverordnung (PlanVO) vom 16.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057) und
 - der Bayerische Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2018 (GVBl. S. 523)

II ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN

1.0 Nutzungsschablone

A	B
C	D
E	F

2.0 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 1-11 BauNVO)

GEa	Gewerbegebiet (GEa) nach § 8 BauNVO mit Einschränkung (e) hinsichtlich Lärmkontingierung
-----	--

3.0 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

0,8	Grundflächenzahl GRZ
2,4	Geschossflächenzahl GFZ
10,0	Baumassenzahl BMZ

4.0 Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO)

a	Abweichende Bauweise
---	----------------------

5.0 Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

	Straßenverkehrsflächen
	Straßenbegrenzungslinie
P	Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, hier: Parkplatzfläche
	best. Wirtschaftsweg
	gepl. Anwandweg

6.0 Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen; Anlagen, Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken (§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB)

	Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen
	Elektrizität
	Abwasser

7.0 Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)

	Oberirdisch (Strom (110 kV-Freileitung Bayernwerk Netz GmbH))
	Unterirdisch (Strom, Gas, Wasser, Abwasser, Telekom)

8.0 Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

	Öff. Grünflächen
--	------------------

9.0 Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BauGB)

	Best. Entwässerungsgraben
--	---------------------------

10.0 Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

	Umgrenzung von öffentlichen Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a) Abs. 6 BauGB)
	Umgrenzung von privaten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a) Abs. 6 BauGB)
	Anpflanzen: Bäume
	Best. Gehölze
	Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechtes (§ 9 Abs. 6 BauGB), hier: Biotop mit Nummer

11.0 Sonstige Planzeichen

---	Mit Geh-, Fahr- und Leitungswegen zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)
	Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 und Abs. 6 BauGB), hier: Emissionskontingierung nach DIN 45691
	Emissionskontingente nach L _{eq} nach DIN 45691
	Richtungssektor (Schallemissionsansatz)
	Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 6 BauGB), hier: Arbeitsbereich Maß Nr. 5 110 kV-Freileitung Bayernwerk Netz GmbH, Ferngasleitung Ferngas Netzgesellschaft mbH
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs. 7 BauGB)
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes (§ 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauNVO)

III HINWEISE ZU DEN ZEICHNERISCHEN FESTSETZUNGEN

19	Vorhandene Haupt- und Nebengebäude
957	Flurstücksnummer
□	Parzellennummer
□	Grenzsteine
—234—	Höhenrichtlinie (Meterlinie)
—	Vorhandene Flurgrenzen
---	Geplante Grundstücksgrenze
—5,0—	Bemäufung

IV VERBINDLICHE FESTSETZUNGEN

1.0 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1-11 BauNVO)

Als Art der baulichen Nutzung wird „Gewerbegebiet“ (GE) gemäß § 8 BauNVO mit Einschränkungen (e) hinsichtlich Lärmkontingierung festgesetzt.
Zulässig sind die in § 9 Abs. 2 genannten Nutzungen, mit Ausnahme von Einzelhandelsbetrieben und Anlagen für sportliche Zwecke. Die nach § 9 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen sind ebenfalls nicht zulässig.

2.0 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 16, 18, 19 und 21 BauNVO)

0,8	Grundflächenzahl (GRZ)
2,4	Geschossflächenzahl (GFZ)
10,0	Baumassenzahl (BMZ)

3.0 Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 22 BauNVO)

3.1 Im Plangebiet gilt die abweichende Bauweise nach § 22 Abs. 4 BauNVO. Die Gebäudeteile wird auf max. 200 m begrenzt. Ab Gebäudelängen von über 20 m sind in mindestens diesem Abstand räumliche Gliederungen entlang der Fassade vorzusehen.

3.2 Stellplätze und Garagen sind außerhalb der Baugrenze zulässig.

4.0 Höhe baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 18 BauNVO)

Innerhalb der Baugrenzen gelten folgende Höhenfestsetzungen:
GEe1: Die Traufhöhe darf eine Höhe von 245,0 m über NN nicht überschreiten.
GEe2: Die Traufhöhe darf eine Höhe von 254,0 m über NN nicht überschreiten.
GEe3: Die Traufhöhe darf eine Höhe von 243,0 m über NN nicht überschreiten.
GEe4: Die Traufhöhe darf eine Höhe von 235,5 m über NN nicht überschreiten.
GEe5: Die Traufhöhe darf eine Höhe von 245,0 m über NN nicht überschreiten.
GEe6: Die Traufhöhe darf eine Höhe von 240,0 m über NN nicht überschreiten.
GEe7: Die Traufhöhe darf eine Höhe von 240,0 m über NN nicht überschreiten.

5.0 Garagen und Stellplätze (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 Abs. 6 BauNVO)

Die Mindestzahl der Stellplätze richtet sich nach den allgemeinen geltenden Rechtsvorschriften, in diesem Fall die Satzung der Stadt Haßfurt über die Ermittlung des Stellplatzbedarfs bei Bauvorhaben und Nutzungsänderungen sowie für Erhebung von Abköhlungsbeiträgen bei nicht vorhandenen Kraftfahrzeugstellplätzen (Stellplatzsatzung) in der Fassung der Bekanntmachung der 1. Änderungssatzung vom 09.04.2014.

6.0 Führung von Versorgungsleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)

Neue Versorgungsleitungen sind unterirdisch zu führen.

7.0 Festsetzungen über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. Art. 81 BayBO)

Die Verwendung von glänzenden Metallflächen für Fassadenverkleidung und Dacheindeckung ist nicht zulässig.
Bei der Dacheindeckung sind schwermetalhaltige Materialien, von denen das Oberflächenwasser direkt abgeleitet wird, nicht zulässig.
Begrünte Dachflächen sind zulässig.

8.0 Immissionsschutz (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Für den Bebauungsplan „Schietlach Teil 2“ wurde das Ingenieurbüro IBAS eine schalltechnische Untersuchung angefertigt. Das schalltechnische Gutachten, i.d.F. vom 10.04.2019 ist der Begründung als Anlage beiliegend.
Gemäß diesem wurde folgendes festgesetzt:

Zulässig sind Vorhaben (Betriebe und Anlagen), deren Geräusche die in nachfolgender Tabelle angegebenen Emissionskontingente L_{eq} nach DIN 45691 wieder tags (6.00 - 22.00 Uhr) nach nachts (22.00 - 6.00 Uhr) überschreiten.

Teilfläche	Emissionskontingent L _{eq} in Dezibel	
	Tag (6.00 Uhr - 22.00 Uhr)	Nacht (22.00 Uhr - 6.00 Uhr)
GEe1 und GEe2	65	52
GEe3	65	46
GEe4	65	49
GEe5	65	48
GEe6	65	52
GEe7	65	54

Für den im Plan dargestellten Richtungssektoren A und B mit dem Ursprung (UTM 32) x = 610343 und y = 5544229 erhöhen sich die Emissionskontingente L_{eq} nach folgende Zusatzkontingente L_{eq, zuz}:

Richtungssektor k (Nord = 0°)	Zusatzkontingent L _{eq, zuz} in dB für Richtungssektor	
	Tag	Nacht
A (165° - 137°)	2	2
B (137° - 165°)	0	0

Die Prüfung der planungsrechtlichen Zulässigkeit des Vorhabens erfolgt nach DIN 45691, Abschnitt 5, wobei in den Gleichungen (6) und (7) für Immissionen im Richtungssektor k L_{eq,k} durch L_{eq,k} + L_{eq, zuz,k} zu ersetzen ist.

9.0 Grünordnerische Maßnahmen und Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15, 20 und 25 BauGB)

9.1	Errichtung des Grabens entlang der Beianalstraße (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB) Der Entwässerungsgraben entlang der bestehenden Straße ist aufgrund seiner zum Teil verbuschten Hochstaudeinfuhr zu erhalten.
9.2	Eingrünung (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB) Eine alleseitige Eingrünung des Gewerbegebietes zur freien Landschaft ist sicherzustellen. Als Randengrünung ist eine 3-reihige Baum-/Strauch-/Hecke aus Heistern und Sträuchern der Artenliste 1 und 3 zu pflanzen.
9.3	Pflanzgebot auf öffentlichen Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB) Bei Neuanlagen ist ausschließlich standortgerechtes und heimisches Saatgut zu verwenden. Der Einsatz von Düngemitteln, Herbiziden, Bioziden und Rodentiziden ist auf öffentlichen Freiflächen nicht zulässig. Für die im Plan dargestellten zu pflanzenden Bäume sind Gehölze der Artenliste 2 zu verwenden. Vom Standort kann abgewichen werden.
9.4	Pflanzgebote auf privaten Grundstücken (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB) Die angelegene 500 m ² -versiegelte Grundstücksfläche ist mindestens ein heimischer, standortgerechter, mittel- bis großkroniger Laubbau zu pflanzen und zu erhalten bzw. bei Abgang zu ersetzen. Pflanzqualität: Hochstamm, 3 x verpflanzt, Stammumfang 16-18 cm
9.5	Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB) Sämtliche Pflanzungen sind vom Grundstückseigentümer im Wuchs zu fördern, zu pflegen und vor Zerstörung zu schützen. Bei Ausfällen gilt: ausgepflanzte Bäume, deren Stückzahl festgesetzt ist, sind innerhalb eines Jahres zu ersetzen. Für die restlichen Pflanzungen gilt: Ausfälle von mehr als 10 % sind innerhalb eines Jahres zu ersetzen.
9.6	Auswahlliste standortgerechter Gehölzarten Artenliste 1: Großkronige Laubgehölze Pflanzmindestgröße: Hochstamm, 3xv, STU 10/12 Acer pseudoplatanus Acer platanoides Fraxinus excelsior Juglans regia Prunus padus Pyrus calleryana Pyrus pyramidalis Quercus petraea Quercus robur Sophora japonica Tilia platyphyllos Tilia cordata Artenliste 2: Klein- bis mittelkronige Laubgehölze Pflanzmindestgröße: Hochstamm, 3xv, STU 10/12 Acer campestre Betula pendula Carpinus betulus Corylus colurna Sorbus aria Sorbus aucuparia Artenliste 3: Sträucher für Schnitt- und freiwachsende Hecken Pflanzmindestgröße: Str. 3xv, h 60-100 Acer campestre Carpinus betulus Cornus mas Cornus sanguinea Corylus avellana Eunymus europaeus Crataegus spec. Fagus sylvatica Ligustrum vulgare Rosa spec. Sambucus nigra Viburnum spec.

Artenliste 4: Fassadenbegrünung

Vitis in Sorten
Clematis in Sorten
Hedera in Sorten
Rosa in Sorten
Spätkletterer in Sorten

9.7 Vollzugsfrist

Festgesetzte Begrünungsmaßnahmen sind innerhalb eines Jahres nach Beginn der Baumaßnahmen abzuschließen. Festgesetzte Ausgleichsmaßnahmen sind spätestens mit Beginn der Baumaßnahmen herzustellen.

9.8 Pflanzabstände

Bei allen Pflanzungen auf privaten und öffentlichen Grünflächen sind die Vorgaben des jeweiligen Versorgungssträgers sowie die Grenzabstände entsprechend des aktuellen Nachbarrechts zu berücksichtigen.

10.0 Externe Ausgleichsmaßnahmen A1 (§ 9 Abs. 1 Nr. 15, 20 und 25 BauGB)

Die Ausgleichsmaßnahmen mit den entsprechenden Flurstücken werden nachgereicht sobald die Flächen festgelegt wurden.

11.0 Vermeidungsmaßnahmen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB i.V.m. § 44 BNatSchG)

Baufeldrämung
Zur Vermeidung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen gem. § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG, der Schädigung oder Tötung europäischer Vogelarten während der Brutzeit, sind Baufeldrämungen (Vegetations- und Oberbodenentzug, Gehölzröden) nur im Zeitraum vom 01. Oktober bis einschließlich 28. Februar zulässig. Um keine bodenbrütenden Arten zu gefährden ist ab dem 01.03. eine Baufeldrämung durchzuführen. Hierfür ist der Boden im Baufeld alle vier Wochen mit geeigneten Gerät (grubem) aufzubrechen.
Gegebenenfalls zusätzliche Vermeidungsmaßnahmen können erst nach Abschluss der noch andauernden speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung festgesetzt werden.

12.0 Niederschlagswasser auf privaten und öffentlichen Grundstücken (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 14 BauGB)

Die Befestigung der Parkplätze ist mit wasserdurchlässigen, versickerungsfähigen Belägen herzustellen, soweit es die wasserrechtlichen Belange (nur Anfall von sauberen Oberflächenwasser) zulassen. Wasserdurchlässige Beläge werden wie folgt definiert: Versickerungsfähige Flächenbefestigungen sind nach dem gültigen bzw. der „Richtlinie für Planung, Bau und Instandhaltung von begrünbaren Flächenbefestigungen“ der FLL (Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V.) herzustellen und zu unterhalten. Sie dürfen einen Abflussbewert von 0,5 nicht überschreiten.
Alternativ kann das Niederschlagswasser auch breittieflich in die privaten Grünbereiche abgeleitet und über die belebte Bodenebene versickert werden.

Schutztes Oberflächenwasser ist der Kanalisation zuzuführen. Wenn das Oberflächenwasser mit ölhaltigen Stoffen in Berührung kommen kann (Waschplätze, etc.), sind Leichterflüssigkeitsabscheider einzubauen.

13.0 Beleuchtung, Werbeflächen (Art. 14 BayBO)

Beleuchtungs- und Werbeanlagen innerhalb des Baugebietes sind so zu errichten, dass Straßenverkehrsnehmer auf öffentlichen Straßen nicht geblendet werden.

V HINWEISE

1.0 Auffinden von Bodendenkmälern (§ 8 DSchG)

Innerhalb des Plangebietes befinden sich keine Bodendenkmäler. Bodendenkmäler sind nicht bekannt. Zur Sicherung von übermäßig nicht mehr sichtbaren Bodendenkmälern ist auf folgendes hinzuweisen:

Art. 8 Abs. 1 DSchG: Wer Bodendenkmäler auftrifft, ist verpflichtet, dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen. Zur Anzeige verpflichtet sind auch der Eigentümer und der Besitzer des Grundstücks, sowie der Unternehmer und der Leiter der Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben. Die Anzeige eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Nimmt der Finder an den Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben, aufgrund eines Arbeitsverhältnisses teil, so wird er durch Anzeige an den Unternehmer oder den Leiter der Arbeiten befreit.

Art. 8 Abs. 2 DSchG: Die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen, wenn nicht die Untere Denkmalschutzbehörde die Gegenstände vorher freigeht oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

2.0 Abstandsflächen (Art. 6 BayBO)

Abstandsflächen sind nach BayBO einzuhalten.

3.0 Freileitung

Alle Bau- und Bepflanzungsmaßnahmen, die innerhalb der Schutzzone der 110kV-Freileitung liegen oder unmittelbar daran angrenzen dürfen nur in Abstimmung mit der Bayernwerk Netz GmbH ausgeführt werden. Die Bauantragsunterlagen sind der Bayernwerk Netz GmbH zwecks Stellungnahme vorzulegen.

Krananlagen dürfen nur so errichtet werden, dass sie nicht in den Schutzbereich der 110kV-Freileitung hineinragen. Andernfalls ist eine Abstimmung mit der Bayernwerk Netz GmbH erforderlich.

4.0 Unterirdische Versorgungsleitungen

Für unterirdische Versorgungsleitungen gelten die Schutzbestimmungen der jeweiligen Versorgungsträger.

5.0 Immissionsschutz

Ein Vorhaben erfüllt auch dann die schalltechnischen Festsetzungen des Bebauungsplans, wenn der Beurteilungspegel den Immissionsrichtwert an den maßgeblichen Immissionsorten um mindestens 15 dB unterschreitet (Relevanzgrenze).

Bei der Neugründung und Änderung von Bauvorhaben und Nutzungen ist mit der Bauaufsichtsbehörde die Erstellung und ggf. Vorlage eines schalltechnischen Nachweises abzustimmen.

VI VERFAHRENSVERMERKE

- Der Stadtrat hat in der Sitzung vom 29.04.2019 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans „Schietlach Teil 2“ beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am ortsbüch bekannt gemacht.
- Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf des Bebauungsplans „Schietlach Teil 2“ in der Fassung vom hat in der Zeit vom bis stattgefunden.
- Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf des Bebauungsplans „Schietlach Teil 2“ in der Fassung vom hat in der Zeit vom bis stattgefunden.
- Zu dem Entwurf des Bebauungsplans „Schietlach Teil 2“ in der Fassung vom der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom hat in der Zeit vom stattgefunden.
- Der Entwurf des Bebauungsplans „Schietlach Teil 2“ in der Fassung vom wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom bis öffentlich ausgestellt.
- Die Stadt Haßfurt hat mit Beschluss des Stadtrats vom den Bebauungsplan „Schietlach Teil 2“ gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom als Satzung beschlossen.

Haßfurt, den	Werner Erster Bürgermeister
7.0 Ausgefertigt	Haßfurt, den
Stadt Haßfurt	Werner Erster Bürgermeister
8.0 Der Satzungsbeschluss zu dem Bebauungsplan „Schietlach Teil 2“ wurde am gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsbüch bekanntgemacht.	Haßfurt, den
Der Bebauungsplan „Schietlach Teil 2“ mit Begründung wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden in der Stadt zu jedermanns Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben. Der Bebauungsplan „Schietlach Teil 2“ ist damit in Kraft getreten. Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und die §§ 214 und 215 BauGB wird hingewiesen.	Werner Erster Bürgermeister
Haßfurt, den	Stadt Haßfurt

Nr. Änderungen	geänd. am	Name	gepr. am	Name
Vorhaben:	Stadt Haßfurt	Proj.Nr. 186745	Anlage	Vorentwurf
Landkreis:	Haßberge	Plan Nr. SB 001	Datum:	Name:
Maßstab:	Bebauungsplan	entw. 01.2019	has	
1:1.000	„Schietlach Teil 2“	gepr. 01.2019	ro	
Vorhabensträger:	Stadt Haßfurt	Entwurfsverfasser:		
Hauptstraße 5 97437 Haßfurt		BAURCONSULT		
		ARCHITECTURE		
		15.04.2019		
(Datum, Unterschrift)		(Datum, Unterschrift)		